

SSD schürt Nervenkrieg

Anonyme Schreiben sollen die Berliner Bevölkerung beunruhigen

Berlin (Eigenmeldung). Der sowjetzonale Staatssicherheitsdienst hat im Rahmen seines systematischen Nervenkrieges gegen die Bevölkerung Westberlins nach längerer Pause jetzt eine neue Aktion gestartet. Zahlreiche Westberliner erhielten anonyme Briefe, in denen sie aufgefordert werden, eine angebliche Tätigkeit für westliche Geheimdienste unverzüglich wieder aufzunehmen und sich bei einer bestimmten alliierten Dienststelle zu melden.

Nachdem in den vergangenen Monaten vor allem Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes unter Druck gesetzt worden waren, wendet sich der SSD jetzt an Westberliner Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater und Journalisten. In den gleichlautenden Schreiben heißt es unter anderem: „Da in letzter Zeit Ihrerseits Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit uns gemacht wurden, sehen wir uns veranlaßt, Sie auf die erhaltenen finanziellen Mittel und Ihre eingegangenen Verpflichtungen hinzuweisen. Wir fordern Sie daher auf, die übernommenen Verpflichtungen einzuhalten. Beachten Sie bei Ihren Entscheidungen, daß Sie auf Grund Ihrer eingegangenen Verpflichtung und der übernommenen Geldbeträge den französischen

Gesetzen unterstehen.“ Der Brief schließt mit der Aufforderung, umgehend eine „bereits bekannte Telefonnummer“ oder aber die in dem Schreiben angegebene Nummer einer französischen Dienststelle anzurufen.

Wie die Abteilung I des Polizeipräsidiums auf Anfrage mitteilte, liegen bereits mehrere dieser gleichlautenden Schreiben vor. Keiner der Adressaten habe irgendwelchen Kontakt zu westalliierten Behörden in Berlin. Wie die Polizei betont, sei der Zweck der anonymen Briefe der gleiche wie bei der letzten Aktion im Dezember und Januar: Die Betroffenen im Rahmen des systematischen Nervenkrieges gegen Westberlin zu beunruhigen und in der Öffentlichkeit zu diffamieren.

Bonn für entspannte Zonen

Viermächte-Arbeitsgruppe wieder zusammengetreten

Bonn/London (Eigenmeldung/dpa). Die Bundesregierung will der Einrichtung einer „Zone der Entspannung“ in Europa zustimmen. Bundesaußenminister v. Brentano hat der deutschen Delegation, die an den neuen Besprechungen der Viermächte-Arbeitsgruppe in London teilgenommen hat, eine entsprechende Weisung gegeben. Die Bundesregierung vertritt allerdings die Ansicht, daß die „Entspannungszone“ sich nicht auf einen schmalen Streifen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs beschränken dürfe, sondern möglichst das gesamte Gebiet vom Atlantik bis zum Ural umfassen sollte. Bonn ist jedoch bereit, die Einrichtung eines solchen Systems auch ohne Fortschritte in der Wiedervereinigung in Angriff zu nehmen.

Die Direktiven, welche die deutsche Delegation erhalten hat, erstrecken sich nicht nur auf Fragen der europäischen Sicherheit, hinsichtlich eines deutschen Friedensvertrages wird die Delegation den Stand-

punkt vertreten, daß die Wahrung des Friedens nicht von einem solchen Vertrag abhängt. Der Westen sollte sich zunächst mit der Aufstellung einiger Grundsätze für einen solchen Friedensvertrag begnügen. Die Beziehungen der Pankow sollen nach deutscher Auffassung möglichst unverändert bleiben. Die Bundesregierung ist aber zu einer Verbesserung der technischen und wirtschaftlichen Kontakte bereit, soweit das ohne direkte Verhandlungen zwischen beiden Regierungen möglich ist.

Inzwischen sind in Washington neue Gedanken zur Lösung, vor allem der Berlin-Frage, geäußert worden. Nach Mitteilung aus amerikanischen Regierungskreisen haben sich die Vereinigten Staaten, besonders angesichts der deutsch-britischen Meinungsverschiedenheiten, entschlossen, eine „Gesamt-Berlin-Politik“ des Westens anzustreben. Sie zielen darauf ab, ein neues internationales Abkommen für beide Teile der alten Reichshauptstadt abzuschließen.

Kroll bei Gromyko

Moskau (ap/dpa). Der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Dr. Kroll, hatte ein nahezu zweistündiges Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko, in dessen Mittelpunkt die bevorstehende Ost-West-Konferenz in Genf und die deutsch-sowjetischen Beziehungen standen. Im Verlauf des Gespräches, das auf Wunsch von Botschafter Kroll stattfand, wurde auch der Entschluß des Bundeskanzlers erörtert, von seinem Posten zurückzutreten und für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren.

Der Adenauer von morgen

K. W. B. Selten sind Urlaubswochen sowenig „Ferien vom Ich“ gewesen wie die, die Adenauer jetzt am Comer See begonnen hat. In die schon vertraute Villa von Cadenabbia sind dem deutschen Regierungschef zunächst die Zeitungen in allen Sprachen nachgefutet, in denen von ihm und seinem Entschluß die Rede ist. Vertieft in das Studium der Überlegungen, die überall in der Welt um den Kanzler von heute und den Präsidenten von morgen angestellt werden, wird Adenauer von einer tiefen Genugtuung erfüllt sein können. Die letzten Jahrzehnte kennen kein Beispiel dafür, daß sich die ganze Welt einmal ähnliche Gedanken um einen Deutschen gemacht hätte, wie jetzt um Adenauer. Es sind Gedanken, die nicht einer aus allen Bindungen gelöst sind und in sich ruhenden Persönlichkeit, sondern zutiefst dem Volk und dem Staat gelten, die sich in 10 Jahren Nachkriegsgeschichte mit dem Namen Adenauers verbunden haben. Ein nicht geringer Teil der Leute, die jetzt schreibend und meditierend über Adenauers beabsichtigten Auszug aus dem Palais Schaumburg in Bonn nachdenken, kann sich den Wandel nicht anders vorstellen als eine Abkehr von der Politik, die Adenauers zehn Regierungsjahre bestimmt hat. Der Bundeskanzler kann daraus die Wünsche seiner Gegner und die Besorgnisse seiner Freunde ablesen. Aber es ist wahrscheinlicher, daß er an solchen Deutungen etwas anderes erkennt: Einem großen Teil des eigenen Volkes, noch mehr aber der uns umgebenden Welt erscheint es selbstverständlich, daß mit Adenauers aktiver Politik eine Epoche Deutschlands endet.

★

Nun hat die Schlußfolgerung, die Adenauer-Ära gehe jetzt zu Ende, viel mit der in demokratischen Ländern unerlässlichen Erfahrung zu tun, daß die Abgabe der Regierungsführung auch das Ende der politischen Handlungsvollmacht

ten bedeutet. Der Fall, daß ein Regierungschef, ohne durch ein Mißtrauensvotum, eine Wahlentscheidung oder äußere Behinderung dazu gezwungen zu werden, sein Amt aufgibt, ist ja nicht einmal im Grundgesetz vorgesehen. So konnten sich viele Leute keinen anderen Vers aus Adenauers Entschluß machen als den, seine Kandidatur zum Bundespräsidenten als einen Rücktritt von der Politik zu deuten. Es läßt sich denken, daß der Kanzler gerade für solche Deutungen ein sehr souveränes Lächeln übrig haben wird. Die aus anderen Motiven kommende Spekulation aber, mit dem Bundeskanzler Adenauer werde der Weg für eine Politik der bloßen Konzessionen und des Entgegenkommens gegenüber dem Osten frei, wird Adenauer dagegen besonders sorgfältig studieren. Dies nicht, weil er noch immer fast ein halbes Jahr Bundeskanzler sein wird, sondern weil er gerade in diesem halben Jahr die Fundamente für diejenigen legen will, die dann die Politik der zehn Jahre fortsetzen sollen.

★

Vieles in der Demokratie, die im freien Teil Deutschlands mit Adenauer sich entwickelt hat, ist neu und hält nur wenig Vergleiche mit anderen Demokratien aus. Das Ungewöhnlichste aber ist nun, wie jetzt der Versuch gemacht wird, den jungen Staat in eine kontinuierliche Lebensform hinüberzuleiten. Man hat Adenauer bisweilen eine Mißachtung der demokratischen Methoden vorgeworfen. Er ist autoritärer Neigungen bezichtigt worden. Seine Kritiker setzten viel auf die Behauptung, er forme den Staat allein nach seinen Vorstellungen, und wenig kümmere ihn das, was nach ihm komme.

Nun geschieht etwas, was die Zungen lähmen muß, die so gern vom Verschleiß der Demokratie in Deutschland sprechen. Der Mann an der Macht gibt freiwillig die Macht ab. Nicht, weil er ihrer überdrüssig wäre oder weil er resignierte. Er will sie verteilt wissen auf die, die mit ihm denken. Natürlich will er die Macht nicht an die geben, deren Politik er für falsch hält. Die Macht soll von denen gehandhabt und ausge-

übt werden, die den erfolgreichen Weg der Bundesrepublik im Sinne Adenauers weitergehen wollen.

★

Wenn Adenauer nun daran gehen wird, die Mannschaft von morgen heranzubilden, dann wird dies schwerer sein als in den Jahren bisher, in denen die Partei eine Adenauer-Partei geworden war. Eine große Anzahl von Köpfen aus der großen Breite der Mitarbeiter des Kanzlers hat sich hervorgehoben, und es wäre nicht schwer, ein paar Dutzend von Persönlichkeiten zu nennen, die das Profil der großen Partei mitbestimmen. Die Öffentlichkeit war aber bisher lediglich bemüht, ihre Potenz daran zu messen, wieweit sie mit Adenauer in den Grundzielen seiner Politik übereinstimmten oder nicht. Jetzt aber wird die CDU statt dessen gezwungen werden, die lose Gefolgschaft in eine konstruktive, Form und Inhalt ausstrahlende politische Kampfgruppe umzuwandeln. Man wird erwarten müssen, daß die Selbständigkeit der politischen Führung, des politischen Handelns und der politischen Taktik, die als Eigenschaften Adenauers der Partei zugeschrieben worden sind, jetzt mehr und mehr von der großen Gruppe ihrer Persönlichkeiten ausgeht. Es ist klar, daß man dann, wenn der Parteivorsitzende der CDU nicht mehr Adenauer heißen kann, die Partei nach einem besonderen politischen Profil, einer präziseren Organisation und einer kräftigeren direkt-politischen Ausstrahlung fragen wird als heute, da die Mehrzahl der Partei-Wähler eben Adenauer gewählt hat.

★

Diesen Übergang in den politischen Alltag von morgen möglichst ohne Spannungen und Krisen zu schaffen, hat sich Adenauer offensichtlich jetzt als Aufgabe gestellt. Daß er wünschen muß, seine Politik über seine Wirkungsmöglichkeiten hinaus verlängert zu sehen — wer wollte ihm das verübeln? Gewiß sieht er in dieser Einführung der Besten, wie er sie kennt, die Chance, für mehr als eine Übergangszeit den Kern seiner neuen Politik in ein ungewisses Morgen hinüberzuführen.

Fünf-Tage-Woche im Bergbau

DGB-Delegierte stimmten zu — Einmischung Pankows zurückgewiesen

Düsseldorf (ap/dpa). Für 500 000 Arbeitnehmer des westdeutschen Steinkohlenbergbaus wird am 1. Mai die Fünf-Tage-Woche eingeführt. Die außerordentliche Delegiertenkonferenz der IG Bergbau hat in Düsseldorf nach mehrstündiger, zum Teil heftiger Debatte mit knapper Mehrheit dem Tarifvertragsentwurf über die Neuregelung der Arbeitszeit zugestimmt. In geheimer Abstimmung, an der sich 296 der 299 Delegierten beteiligten, sprachen sich 162 für und 132 Delegierte gegen das Abkommen aus. Zwei Stimmen waren ungültig. Der Unternehmensverband Ruhrbergbau hatte dem mit der Tarifkommission der IG Bergbau vereinbarten Vertragsentwurf bereits vor einiger Zeit zugestimmt. Das Abkommen muß jetzt noch von den Tarifpartnern unterzeichnet werden.

Nach der neuen Arbeitszeitregelung wird die Fünf-Tage-Woche durch 28 zusätzliche Ruhetage pro Jahr erreicht, für die stufenweise ein Lohnausgleich gezahlt wird. In der Endstufe werden die Bergarbeiter also bei fünf Arbeitstagen ebensoviel verdienen wie bisher bei sechs Arbeitstagen. Um eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden zu erreichen, wird die Schichtzeit der Untertagearbeiter an den fünf Arbeitstagen von siebeneinhalb auf acht Stunden erhöht. Für Über-
tagearbeiter wird die Arbeitszeit vom 1. Mai an $41\frac{1}{2}$ und vom 1. Oktober an $41\frac{1}{4}$ Wochenstunden betragen. In durchgehenden Betrieben, wie Kokerien und Kraftwerken, wird die Arbeitszeit pro Woche jedoch 42 Stunden betragen. Der Lohnausgleich wird vom 1. Mai an für 20 Ruhetage, ein Jahr später für 24 und vom 1. Mai 1961 an für alle 28 Ruhetage gezahlt. Das neue Tarifabkommen ist erstmals zum Jahresende 1962 kündbar.

In außergewöhnlich scharfer Form setzte sich der Gewerkschaftsvorsitzende Gutmuth mit der kommunistischen Wühlarbeit in der IG Bergbau auseinander. Gutmuth erklärte, es sei dem Hauptvorstand bekannt, daß Agenten aus der Sowjetzone schon seit Tagen bei Reisen durch das Ruhrgebiet versucht hätten, die Delegierten zu beeinflussen. Der sowjetzonale Gewerkschaftsführer Lukas und seine Genossen hätten sich bemüht, die Delegierten zu einer Ablehnung des neuen Tarifabkommens zu bewegen. Gutmuth sprach Lukas das Recht ab, sich in innergewerkschaftliche Angelegenheiten

der Bundesrepublik einzumischen. Er solle sich lieber die westdeutsche Industriegewerkschaft Bergbau zum Vorbild nehmen. Sowohl die Lohn- als auch die Arbeitszeitverhältnisse in der Sowjetzone seien gegenüber denen in der Bundesrepublik so rückständig, daß es Lukas besser anstehen würde, sich

um seine eigene Organisation zu bemühen.

Die Ausführungen Gutmuths wurden von den Delegierten im Saal unterschiedlich aufgenommen. Während einige Versammlungsteilnehmer den Gewerkschaftsvorsitzenden wiederholt mit ihrem Applaus unterbrachen, wurden gleichzeitig vereinzelt gedämpfte Mißfalläußerungen laut. Vor allem die Delegierten aus dem zentralen Ruhrgebiet sollen dem neuen Tarifvertrag zurückhaltend gegenüberstehen.

An der außerordentlichen Generalversammlung der IG Bergbau nahm als Gast unter anderen der DGB-Vorsitzende Richter teil. Anwesend waren auch sowjetische Pressekorrespondenten, die von der IG Bergbau eingeladen worden waren.

Umstrittene Kohle-Politik

Hohe Behörde dringt auf Krisenerklärung

R. Luxemburg (Eigenbericht). Die Auseinandersetzung um die Kohlenkrise ist ziemlich unbemerkt in ein neues Stadium getreten. Es geht jetzt nicht mehr allein um die Behebung akuter Schwierigkeiten. Zur Debatte stehen vielmehr die Grundsätze, nach denen künftig die Kohlepolitik in der Montanunion betrieben werden soll. Die Hauptfrage lautet, ob es in den sechs europäischen Ländern zu einer Beschränkung der Förderung kommt und wie einschneidend sich diese auswirkt. Aber darum herum gruppiert sich eine Anzahl anderer nicht minder bedeutsamer Probleme.

Die Hohe Behörde will an ihrer Meinung festhalten, daß in der Gemeinschaft der sechs Länder eine Krise bestehe und daher eine Quotierung der Förderung vorgenommen werden müsse. Im Beratenden Ausschuß, in dem die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer vertreten sind, haben sich dieser Auffassung lediglich die Belgier angeschlossen. Bonn lehnt eine Krisenerklärung ab. Die Förderungsbeschränkung kann jedoch nur vorgenommen werden, wenn die Mehrheit im Ministerrat dafür stimmt und Frankreich oder Deutschland sich unter dieser Mehrheit befindet. Zu der entscheidenden Abstimmung wird es am 4. Mai kommen.

Zwei Thesen stehen einander gegenüber. Die Hohe Behörde

ist der Auffassung, die Schwierigkeiten betreffen die Gemeinschaft als Ganzes und müßten dementsprechend gelöst werden. Die andere These, deren Hauptverfechter die Bundesrepublik ist, lautet, die Schwierigkeiten ließen sich durch Maßnahmen beseitigen, die individuell auf das jeweilige Land abgestimmt sind. Tatsächlich hat der deutsche Bergbau in letzter Zeit so viele Maßnahmen ergriffen, daß er die Schwierigkeiten allein lösen kann.

Es sollte nicht wundernehmen, wenn die Hohe Behörde angesichts der Unterstützung durch das Parlament weiterhin energisch auf einer Ausrufung des Krisenzustands und einer Beschränkung der Produktion beharren würde.

Niedersachsen wählt am 19. April

Harter Kampf der Parteien um die Sitze im vierten Landtag

S. Hannover (Eigenbericht). Am 19. April wird der vierte niedersächsische Landtag gewählt. 933 Kandidaten von neun Parteien und sechs Einzelkandidaten bewerben sich dabei um die 95 Direktmandate und mindestens 54 Sitze über die Landeslisten. Ohne Aussichten sind dabei die Deutsche Reichspartei, die Deutsche Gemeinschaft, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum.

„Altsachsenkanzler“ Hinrich Kopf, mit Berlins Willy Brandt und Niedersachsensroß wiederum stärkster Turm der SPD in der Wahlschlacht, liefert Woche für Woche eine Anekdote über die Härte dieses Kampfes: „Unlängst in Zeven“, erzählt er schmunzelnd, „kamen sieben Mann in meine Versammlung. Im nächsten Gasthaus tagte die DP. Als dort bloß fünf Mann auftauchten, beschlossen sie, zu mir zu gehen, und nachher haben wir alle miteinander ein Bier getrunken.“ Dann besinnt sich Kopf auf seine Aufgabe, Propaganda zu machen: „Natürlich kann man auch die tollsten Überraschungen erleben. Manchmal sind die bestellten Säle zu klein.“

Litfaßsäulen ausverkauft

Um so heftiger tobt der Wahlkampf in den Hauptquartieren der Parteien. Umgeben von Stapeln von Plakaten, Broschüren und Filmvorführungsapparaten entwickelt Arnold Fraztscher, Generalsekretär der niedersächsischen CDU, seinen Schlachtplan: „Zuerst haben sie Plakate mit Adenauer, Hofmeister (Spitzenkandidat), Erhard und Cillien (Landesvorsitzender) geklebt, dazwischen die Symbolplakate (Schafft Klarheit, wählt CDU!). Jetzt sind an der Reihe Hofmeister, Fricke, Wegmann, Scherf (alles Landespolitiker). Die letzten zehn Tage gehören fast alle Litfaßsäulen Niedersachsens uns.“ Die Bestellungen dafür hatte Fraztscher schon vor einem Jahr aufgegeben. Von den Plakaten mit Köpfen stehen Fraztscher insgesamt 57 000 zur Verfügung, ferner 60 Lautsprecherwagen, zwei Kurzfilme, die in 65 Kopien auf rund 3000 Versammlungen gezeigt werden. Stärker als jede andere Partei läßt die CDU ihre auswärtige Prominenz aufmar-

schieren: Zwischen dem Bundeskanzler und Gerstenmaier fehlt kein Bundesminister. Ein Sonderprogramm erfüllt der schleswig-holsteinische Ministerpräsident v. Hassel. Er spricht in Niedersachsen zwischen dem 1. und 18. April auf 20 Kundgebungen. Die Frage, ob ihm soviel Geld zur Verfügung stehe wie vor vier Jahren, beantwortet Fraztscher so: „Ich wäre beweglicher, wenn das Karlsruhe Urteil nicht wäre, aber wir haben eben mehr Ideen entwickeln müssen.“

Mit Film und Kabarett

Mit stärkerem Einsatz als 1955 und 1957 rollt die motorisierte und papiergespeiste „Streitmacht“ der SPD durch das Land. Dem Landesschäftsführer Striefler stehen 55 Lautsprecherwagen, davon zehn mit Tonfilmanlage, zur Verfügung und 50 Filmapparaturen, die jeweils einen 60minütigen neutralen Spielfilm und den Werbestreifen „Unser Land Niedersachsen“ zeigen. Manchmal werden die Filme durch ein politisches Kabarett ersetzt. Auf rund 2500 schätzt Striefler die Zahl der Versammlungen. Allein 60 000 Plakate in Großformat, die „Kopf und Brandt — Hand in Hand“ zeigen, werden in diesen Tagen geklebt, weitere eine Unmenge kleinerer Plakate mit Kopf ohne und mit Niedersachsensroß, dazu „Symbolplakate“ und schließlich in jedem Wahlkreis der Kopf des jeweiligen Direktkandidaten. Striefler ist der einzige unter den Wahlschlachtlenkern, der nicht über einen verkürzten Etat klagt: „Wie immer“, sagt er, „wir haben eben viele Mitglieder.“ Ollenhauer, Wehner, Knoeringen, Erler, Heinemann und Brauer sind die prominentesten unter den SPD-Politikern, die den täglich redenden Kopf un-

terstützen. Willy Brandt ist wider Erwarten nur dreimal aufgetreten.

Hellwege „ganz groß“

„Ab morgen kleben wir mit Auflage 15 000 den großen Hellwege“, sagt triumphierend Wilhelm Bockenkamp, Landeswahlleiter der DP. Es ist ein überdimensionales Plakat, viermal so groß wie die größten Maueranschläge der CDU, und zeigt den derzeitigen Landesvater mit faltenlosem, schön gebräuntem Gesicht. Vom „kleinen Hellwege“ sind bereits 25 000 geklebt worden, ebensoviel vom Kultusminister Langeheine, dazu 50 000 „Symbolplakate“. Bei insgesamt 115 000 bunten Plakaten muß Bockenkamp, der „leider weniger Geld hat als vor vier Jahren“, auf Wahlfilm und Illustrierte verzichten. 61 Lautsprecherwagen rollen mit dem Namen „Hellwege“ durchs Land, in rund 1200 Versammlungen wird für ihn geworben.

Gelder fließen spärlicher

Mit 3287 hat Landesschäftsführer Höfer die Zahl der BHE-Versammlungen haargenau errechnet. An Geld hat er „etwas mehr als die Hälfte wie gehabt“. Von der Industrie ist diesmal nichts dabei wie vor vier Jahren; das „Förder-Institut“ ist dem BHE noch böse, weil er im Herbst 1957 durch Übernahme der sechs DRP-Abgeordneten in die Gemeinschaftsfraktion mit der FDP zum Scheitern des „bürgerlichen“ Kabinetts Hellwege beigetragen hat. Höfer lebt daher, wie er sagt, „von Rücklagen und von Opfern unserer zahlreichen Mitglieder“. Immerhin hat er 96 000 „Symbolplakate“ auf Leuchtpapier drucken lassen können. Auf sie ist er besonders stolz, weil sie tatsächlich dort, wo sie mit den Plakaten anderer Parteien zusammen hängen, leuchtend die Konkurrenz ausstechen. „Sie kosten allerdings siebenmal mehr als andere Plakate“, seufzt Höfer, der nur zwölf

(Fortsetzung auf Seite 7)

Tibet überschattet KP-Kongreß

Tagung seit einem halben Jahr fällig — Weitere Verschiebung untragbar

L. Tokio (Eigenbericht). Der Aufstand in Tibet hat die Schatten, die über der kommenden Sitzung des Nationalen Volkskongresses lagern, beträchtlich vermehrt. Die 1222 Delegierten des Kongresses traten für acht bis zehn Tage zusammen. Gleichzeitig tagt der Nationalrat der Volkskonsultativ-Konferenz. Zum erstenmal seit Bestehen der Chinesischen Volksrepublik müssen sich die Funktionäre, welche die Rechenschaftsberichte geben, bewußt sein, daß schwerwiegende Mißerfolge bekanntgeworden sind.

Wenn das Ausland auch sicherlich besser als die chinesische Öffentlichkeit darüber Bescheid weiß, daß der Angriff auf die Küsteninseln Quemoy und Matsu militärisch und außenpolitisch erfolglos blieb, so muß doch auch dem chinesischen Volk erklärt werden, warum der Angriff abgeblasen wurde, ohne daß etwas erreicht worden war. Die Berichtersteller müssen auch Kenntnisse im Ausland und Ahnungen im Inland über eine Reihe von anderen Schwierigkeiten voraussetzen:

1. Kritik und Widerstand im Innern zwangen die Regierung dazu, Ausmaß und Tempo der Volkskommunen-Bewegung einzuschränken.

2. Im Innern zur Lösung drängende Probleme zwangen zur Aufgabe — oder mindestens zur radikalen Verringerung — des wirtschaftlichen Dumpings in Südostasien.

3. Die Kampagne zur Stahlerzeugung „in den Hinterhöfen“ hat Zustände im Eisenbahnnetz ans Tageslicht gebracht, zu deren Verbesserung die ganze Aufmerksamkeit der Planer und der Techniker erforderlich ist.

Mit Bekanntwerden der inneren Kritik an der ersten harten Form der Volkskommunen — besonders seit Mao Tse-tung seine Absicht bekanntgab, vom Amt des Staatsoberhauptes zurückzutreten — hat die dynamische Wirkung des kommunistischen Chinas auf die Länder in Südostasien nachgelassen oder ist zumindest nicht weiter angewachsen. Der Ausbruch des Aufstandes tibetischer Stämme, die seit Jahren einen versteckten Kleinkrieg gegen die chinesischen Kommunisten geführt haben, widerlegt zum erstenmal öffentlich und deutlich die

Pekinger These, daß im Schoße des Kommunismus Völker und Rassen harmonisch zusammenleben können. Die Wirkung dieser Erkenntnis bei vielleicht schwankenden Nachbarvölkern wird auch dann nicht ausbleiben, wenn es Peking gelingt, die Lage in Tibet äußerlich schnell wieder zu konsolidieren.

Um Maos Rücktritt

Der Volkskongreß, dessen Zusammentreten nach der Verfassung im September 1958 fällig gewesen wäre, ist mehrfach verschoben worden, bevor er für die zweite Aprilhälfte

einberufen wurde. Die Neu- oder Wiederwahl leitender Staatsfunktionäre einschließlich des Staatsoberhauptes — bisher Mao Tse-tung — ist verfassungsmäßig notwendig.

Voraussichtlich wird erst auf den Sitzungen des Volkskongresses bekannt werden, ob Mao Tse-tung zurücktritt oder nicht, und wer ihn gegebenenfalls ablösen wird.

Chinabeobachter messen der Tatsache Bedeutung zu, daß gleichzeitig mit dem Volkskongreß auch der Nationalrat der Volkskonsultativkonferenz tagen wird. Sie sehen darin einen Versuch, in der gegenwärtig kritischen Lage die Billigung der Rechenschaftsberichte und der Planung für die unmittelbare Zukunft von einem besonders repräsentativen Forum vornehmen zu lassen. Darin glauben sie, den Einfluß Tschu En-lais zu erkennen.

Chinesen bei den Aufständischen

Bestätigung aus Peking — Tibet-Revolution in chinesischer Sicht

Peking (ap/dpa). Die Teilnahme chinesischer Revolutionäre am Aufstand in Tibet wurde jetzt von der amtlichen rotchinesischen Nachrichten-Agentur „Neues China“ bestätigt. Die Revolutionäre, die jetzt gemeinsam mit den Aufständischen in Tibet gegen die Rotchinesen kämpfen, haben sich nach einer Erklärung des Vizepräsidenten des „Vorbereitenden Ausschusses für ein autonomes Tibet“, Chang Kuo-hua, aus der chinesischen Provinz Sikang nach Tibet durchgeschlagen.

Chang behauptete, daß der Volksaufstand in Tibet bereits im Jahre 1952 geplant worden sei. Die frühere Regierung und die „reaktionäre Clique der oberen Gesellschaftsschicht“ hätten mit „dem Imperialismus, mit Tschiangkaischek-Banditen und den aufständischen Reaktionen“ zusammengearbeitet. 1952 habe eine Gruppe von Reaktionen innerhalb der Regierung eine Vorkonferenz einberufen, auf der der Abzug der rotchinesischen Truppen

aus Tibet gefordert werden sollte. Die Regierung habe nichts gegen die Rebellen unternommen, sondern sie immer mehr unterstützt. Der Höhepunkt des Aufstandes sei am 10. März in Lhasa erreicht worden, wo die Aufständischen einen „patriotischen“ Lama getötet und die Bevölkerung gezwungen hätten, seine Leiche durch die Straßen zu schleifen.

Molotow nicht nach Den Haag

Den Haag (dpa). Nach fünf Monaten Abwesenheit ist der sowjetische Botschafter in den Niederlanden, Kirsanow, auf seinen Posten in Den Haag zurückgekehrt. Damit hat die sowjetische Regierung nach Ansicht von politischen Beobachtern ihre Absicht fallengelassen, den früheren Außenminister Molotow von seinem Posten als Botschafter in der Mongolischen Volksrepublik nach Den Haag zu versetzen.

Nach Feierabend ohne Sozialismus

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Eine der wichtigsten Forderungen in Ost und West dürfte das Verlangen der Bevölkerung nach freien Informationen sein. Der Mangel an Kenntnissen aus eigener Anschauung trübt den Blick. Darum muß der Wunsch nach objektiver Unterrichtung über Vorgänge erfüllt werden. Solange das nicht möglich ist, muß man mit dem Vorliebnehmen, was die SED in ihrer Presse schreiben läßt:

STRALSUND

„Kampf um die Kartoffeln.“ Die „Ostseezeitung“ Rostock vom 7. April schreibt: „Noch fehlt eine große Menge Pflanzkartoffeln im Ostseebezirk. Noch ist in den Dörfern aber nicht der volle Kampf um die Beschaffung der fehlenden Kartoffeln entbrannt. Ohne Panikstimmung erzeugen zu wollen, ist es angebracht, darauf hinzuweisen, daß die Beschaffung der fehlenden Kartoffeln nirgends auf die leichte Schulter genommen werden darf. Die Zeit drängt. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß die Kartoffeln als Saatgut aus eigener Kraft aufgebracht werden müssen.“

„Nicht vor dem Westen verstecken!“ Die Verkaufsstellenleiter sollen künftig in Gegenwart des Kunden alle Waren in ein Buch eintragen, die nicht vorrätig sind, um auf diese Weise endlich die Käuferwünsche zu erforschen. Das wurde auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz festgestellt. Außerdem hieß es in der Rostocker „Ostseezeitung“: „Wir brauchen uns wahrlich nicht vor dem Westen zu verstecken. Wir bieten keinen Schund im Lichterglanz an, sondern gute Ware; wir müssen nur verstehen, unsere guten Sachen auf die Palette zu setzen.“

LEIPZIG

Der Ruf nach Haushaltsartikeln. Die „Leipziger Volkszeitung“ meldet: „20 000 Gasherde zusätzlich. So lautet die Verpflichtung des VEB Verlade- und Transportanlagen. Doch das erste Quartal ist verstri-

chen, ohne daß ein Exemplar dieser 20 000 fertig wurde. Anlaufschwierigkeiten, erfuhren wir dazu. Die einzelnen Teile von den Zuliefererbetrieben kommen zu spät.“ Öffentlicher Test des Stadtbezirks Südwest: „Wir brauchen mehr Geschirr aus Plastik, Schuhschränke in Regalfarm, für die Lebensmittelindustrie Kakao und Mischkaffee in Würfelform und Konservengerichte für eine Person. In Westdeutschland gäbe es das alles seit Jahren.“

Kein Aprilscherz. In der Meusdorfer Straße liegt eine Gärtnerei mit vier Gewächshäusern, zwölf Frühbeetanlagen und etwa 150 Frühbeefenstern. Seit einigen Monaten kümmert sich kein Mensch mehr um die Bearbeitung des Landes. Möglichkeiten zur Versorgung der Bevölkerung mit Frühgemüse bleiben ungenutzt. Hat man diese Gärtnerei im Anbauplan vergessen? Wir brauchen in unserer Stadt keine Brutstätten für Ratten, Mäuse und andere Schädlinge.

SCHÖNEBECK

Stafetten mit guten Taten. Eine Stafettenbewegung wurde ins Leben gerufen. Arbeiter müssen in eine Stafette Zettel mit Verpflichtungen stecken, die von Abteilung zu Abteilung gereicht werden. Es handelt sich um kostenlose Leistungen für das „Buch der guten Taten“. In den Berichten wird von „Goldener Kuh“, „Goldenen Hydranten“, „Goldenen Traktoren“ gesprochen. Die einzelnen Stafettenbewegungen der Betriebe geben sich diese Namen. Im „Hydrantenwerk“ wurde ein Hydrant als Stafette herumgereicht, damit sich die Arbeiter verpflichten konnten. Der Inhalt des prallgefüllten Hydranten soll am 7. Oktober als Geburtstagsgeschenk anlässlich der Feiern „Zehn Jahre DDR“ überreicht werden.

Auch nach Feierabend. „Die Frauen sollen unsere Arbeit kennenlernen. Bis jetzt war es so, als schien der Sozialismus abgeschafft nach Feierabend.“

Jeder kapselte sich ein in seinen vier Wänden. Nein, so kommen wir nicht voran...“, stellt die SED-Zeitung „Volksstimme“ fest.

BAUTZEN

Staatsfunktionäre im Einsatz. Die SED-Funktionäre können sich aussuchen, auf welchen sozialistischen Baustellen sie arbeiten wollen. In der Praxis sieht das so aus, daß sie auf den sogenannten guten Plätzen zeigen, was sie können. Die Arbeiter kommentieren: „Die Funktionäre machen das vier Wochen — und dann gehen sie nach Hause. In dieser Zeit wollen sie die Norm drücken — und wir sollen nach ihrem Weggang weitermachen.“

Gesamtdeutsche Arbeit. Der Ortsausschuß der Nationalen Front führte im Gewandhaus der Stadt Bautzen einen Ausspracheabend mit westdeutschen Gästen durch. Darüber schreibt die „Sächsische Zeitung“, Stadtausgabe Bautzen: „Die westzonalen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen lassen nichts unversucht, um mit Lüge und Verdrehung den Menschen ein falsches Bild sowohl von der DDR als auch von der fortschreitenden Fashisierung der Westzonen vorzugaukeln. Ein älterer westdeutscher Freund erklärte: „Sie sprechen von Kriegshetzern — aber wo gibt es denn welche? Bei uns — unmöglich.“ Aus diesen Tatsachen sollen wichtige Schlussfolgerungen über die gesamtdeutsche Arbeit gezogen werden, damit künftig die Broschüren nicht in den Schubladen liegen.“

HALLE

„Der lachende Globus“ heißt eine Varietéveranstaltung im Steintorvariété. Unter dem Titel „Rhythmus, Raumton und Raketen“ werden die Erfolge der sowjetischen Raumforscher gefeiert und die westlichen Versuche glossiert. Die Artisten führen einen Wettbewerbsauscheid für die Teilnahme an den Weltfestspielen in Wien durch.

„Berliner Tage in Zürich“

Bürgermeister Amrehn warnt vor einer isolierten Berlin-Lösung

Zürich (dpa). Die Berliner Tage in Zürich, die unter dem Motto „Berlin grüßt Zürich“ stehen, wurden von dem Berliner Bürgermeister Amrehn in der Züricher Universität feierlich eröffnet. Amrehn, der vor einem prominenten Publikum von 250 Personen sprach, erklärte, daß es sich bei dem Vorstoß Chruschtschows gegen Berlin um ein neues Glied in der langen Kette kommunistischer Versuche handle, den Widerstand des Westens zu brechen. Dieser Widerstand sei je-

doch noch nie so entschieden gewesen wie jetzt in Berlin.

Eine isolierte Lösung des Berlin-Problems, die Übertragung der Verantwortung allein auf die UNO oder den Vorschlag einer „Vatikanstadt“ be-

zeichnete Amrehn als unannehmbar, da derartige Regelungen mit der Aufgabe der Rechte und Pflichten der Westmächte in Berlin verbunden wären. Die 800 täglich aus der Sowjetzone in Berlin eintreffenden Flüchtlinge bezeichnete Amrehn als ein „permanentes Plebiszit gegen die Regierung der Sowjetzone“.

Testpiloten in den Tod getrieben

Die Hintergründe des Düsenflugzeug-Absturzes bei Dresden

Berlin (ap/dpa). Konstruktionsfehler und der Zwang, den von der SED aufgestellten „Plan“ zu erfüllen, waren die Ursache des für den Absturz der ersten Düsenpassagiermaschine vom Typ „B-152“ der volkseigenen Dresdener Flugzeugwerke vom 4. März, wie aus einem vom Informationsbüro West verbreiteten Bericht eines Werkangehörigen hervorgeht. Damals hatte sich ein Prototyp der Versuchsmaschine beim Landemanöver plötzlich auf den Kopf gestellt, war senkrecht zu Boden gestürzt und vollständig zertrümmert worden. Die vierköpfige Besatzung war ums Leben gekommen.

Wie der Werkangehörige weiter berichtete, war bereits bei den Rollversuchen am Modelltisch auf die Gefährlichkeit

des fünf Tonnen schweren Hauptfahrwerkes hingewiesen worden, das nach den Plänen des Chefkonstruktors Professor Baade vor dem Schwerpunkt des Rumpfes liegen sollte. Trotzdem wurden die Pläne nicht geändert, da die SED auf die Fertigstellung des ersten Modells zum 1. Mai drängte.

Auch als bei dem ersten Probeflug am 4. Dezember vergangenen Jahres die Maschine bei ausgefahrenem Fahrwerk sich stark nach vorn neigte und die Besatzung in einem schriftlichen Testbericht darauf aufmerksam machte, daß das Flugzeug bei höherer Geschwindigkeit wegen der Schwerpunktverlagerung abzustürzen würde, blieb diese Warnung unbeachtet.

Niedersachsen wählt am 19. April

(Fortsetzung von Seite 4)

Lautsprecherwagen einsetzen kann und dieses Manko ersetzt durch „700 geschulte Redner, die seit Januar auf die Wahl ausgerichtet wurden“.

Mit dem Satz: „In keiner Weise das, was wir jemals gehabt haben“ umreißt Landesgeschäftsführer Finzel die finanzielle Situation der FDP. Den Freien Demokraten hat die Industrie den DRP-Sündenfall vom Herbst 1957 verziehen, die Gelder fließen aber dank Karlsruhe wesentlich spärlicher. Finzel kann nur zwei verschiedene Symbolplakate mit dem FDP-Plakat kleben lassen, er muß ebenfalls ohne Film auskommen, und den Einsatz von Lautsprecherwagen überläßt er den Kreisorganisationen je nach Vermögen. Es ist, wie Finzel meint, „nicht einfach, an den Wähler heranzukommen, ich habe noch keine Wahl mit so wenig hauptamtlichen Mitarbeitern bestreiten müssen“.

Die großen Fragezeichen

Dabei hätte es die FDP unter den fünf genannten Parteien am notwendigsten, Anhänger zu mobilisieren. Über ihr hängt das Damoklesschwert der zum erstmalig in Niedersachsen gehandhabten Fünfprozentklausel an einem dünnen Faden.

Das zweite große Fragezeichen dieser Wahl ist der Ausgang des erbitterten Ringens zwischen CDU und DP, das alles andere überschattet. Für die DP geht es dabei um Sein oder Nichtsein.

SPD-Kritik am Deutschland-Plan

Berliner Landesausschuß der Partei wartet auf „Erläuterungen“

Berlin (Eigenmeldung). Der Berliner SPD-Landesausschuß hat sich in einer gemeinsamen Sitzung mit der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses mit dem Deutschland-Plan der Partei beschäftigt. Wie verlautet, wurde vor allem beraten, wie dieser Plan in den Parteigremien erörtert werden soll. Einzelne Vertreter verschiedener Kreisverbände sollen an dem Plan Kritik geübt und bezweifelt haben, daß die „längere Fassung“ gegenüber den bisherigen Formulierungen grundsätzlich Neues bringe. Von Vorstandsmitgliedern wurde ihnen entgegnet, man solle diese „Erläuterungen“ erst einmal abwarten. Schließlich kam man überein, mit weiteren Beratungen bis zum Eintreffen ausführlicher Einzelheiten zu warten.

Zuvor hatte die Fraktion mit großer Mehrheit die Kandidatur des Neuköllner Bezirksbürgermeisters Exner für das Amt eines Senators für Arbeit und Sozialwesen gebilligt. Die Wahl Exners gilt damit als sicher.

Brandt in Holland

Amsterdam (ap). Der Regierende Bürgermeister Brandt hat nach seiner Ankunft in Amsterdam vor isolierten Scheinlösungen in der Berlin-Frage gewarnt. Nach einem Empfang bei Königin Juliana sprach Brandt auf der Utrechter Messe über die Situation Berlins.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.



BILDER DER WOCHE. Oben: Extrablätter, die von der Kandidatur Bundeskanzler Adenauers für das Amt des Bundespräsidenten berichten, werden auf der Hauptwache in Frankfurts Innenstadt interessiert von einer großen Menschenmenge gelesen. — Unten: Der Bundespräsident und sein voraussichtlicher Nachfolger.

